

PROTOKOLL
zur Sitzung des Landesschulbeirates vom 07. September 2016

Ort: Berliner (Rotes) Rathaus, Raum 219
Beginn: 17:30 Uhr
Ende: 20:35 Uhr
Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste

TOP 1:

Begrüßung, Feststellung der Tagesordnung/Aktuelles

Der Vorsitzende Herr Körner eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Mitteilungen des Vorsitzenden:

- Der Vorstand hat am 31.08.2016 getagt und die nächsten Sitzungen vorbereitet.
- Am 14.09.2016 ist die Fachsitzung mit Herrn Gabbei zu den Zumessungsrichtlinien angedacht. Bisher gibt es nur 3 Interessenten. Die Liste zur Anmeldung geht wieder rum.
- Sitzungstermine für 2017 liegen aus und sind per Mail an alle Mitglieder versandt worden.
- Herr Körner begrüßt Frau Scheeres und Herrn Blume und weist darauf hin, dass das Gespräch mit der Senatorin um 19 Uhr endet und bittet alle Mitglieder sich kurz zu fassen.
- Frau von Bernuth und die neue persönliche Referentin der Senatorin, Frau Alina Rebholz werden ebenfalls begrüßt.
- Die IHK hat ein neues Mitglied in den LSB entsandt, Frau Vanessa Grühser. Herr Körner begrüßt sie und Frau Grühser stellt sich kurz vor.
- Einwände zur Tagesordnung liegen nicht vor, somit wird nach dieser verfahren.
- Es gibt einen weiteren Antrag von Herrn Nuri Kiefer, dieser liegt als Tischvorlage aus und ist dem Protokoll als *Anlage 1* beigefügt.

TOP 2:

Start in das Schuljahr — Rückblick und Ausblick

Referentin: Senatorin Sandra Scheeres

Frau Scheeres dankt dem Gremium für die Einladung und für die geleistete Arbeit und die gute Zusammenarbeit.

Die Stadt wächst und stellt damit auch den Senat vor neue Herausforderungen. Berlin erlebt dieses Schuljahr wieder einen Anstieg der Schülerzahlen um rund 6.200 Schülerinnen und Schüler. In diesem Kalenderjahr bestand ein Einstellungsbedarf von rund 2.300 Lehrerstellen, von denen bereits zum Februar 2016 ca. 1.000 besetzt wurden.

Zum neuen Schuljahr sind ca. 4.000 Bewerbungen, davon rund 2.200 Laufbahnbewerbungen eingegangen. 1.900 Einstellungen sind realisiert worden. Frau Scheeres bedankt sich in diesem Zusammenhang ausdrücklich bei den Schulleitungen und auch bei den Personalstellen für die geleistete Arbeit.

Die Bewerbungen kamen dieses Jahr zu 60% aus Berlin und zu 40% aus den restlichen Bundesländern. Auch in diesem Jahr wurden wieder Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger in den Mangelfächern eingestellt. Der Anteil betrug 29%.

Ein großes Augenmerk wurde auf die Qualifizierung der Lehrkräfte und Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger gelegt. In diesem Zusammenhang wird am 09.09.2016 in der Georgenstr.

35 das neue Weiterbildungszentrum eröffnet. In dem neuen „Studienzentrum für Erziehung, Pädagogik und Schule“ (kurz StEPS) werden auf knapp 1.000 qm täglich bis zu 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in zahlreichen Seminar- und Schulungsräumen weitergebildet. Die Senatsbildungsverwaltung arbeitet hier mit rund 120 Dozentinnen und Dozenten sowie Seminarleitungen zusammen.

Des Weiteren wurde die Ausbildung der Lehrkräfte grundlegend reformiert. Die Praxisanteile wurden erhöht und das neue Praxissemester ist gestartet.

Ein weiterer Schwerpunkt ist der Ausbau der Schulplätze und die Sanierung der Schulen. In den letzten vier Jahren wurden 1,2 Milliarden Euro hierfür bereitgestellt.

Die Prognose bis ca. 2024/2025 sieht einen Zuwachs von 86.000 neuen Schülern vor.

Die Sanierungsbedarfe der Bezirke wurden festgestellt und die Dringlichkeit aufgelistet.

Es wurde eine TaskForce von der Senatorin eingerichtet, um den Schulbau zu beschleunigen. Insgesamt sollen elf Schulen im beschleunigten Verfahren gebaut werden.

Bei diesen Neubauten wird sich auch intensiv mit dem Thema Raumqualität auseinandergesetzt. Hierzu wird eine Facharbeitsgruppe Schulraumqualität gebildet, die

Experten und u.a. auch Eltern, Schüler und Lehrer mit einbezieht.

Der Regierende Bürgermeister hat einen 10-Jahresplan vorgestellt, wonach 5,5 Milliarden Euro für den Schulneubau und die Schulsanierung zur Verfügung gestellt werden sollen.

Geplant ist die Gründung einer Landesgesellschaft, die dieses dann durchführt.

Die Autonomie der Schulen soll gestärkt werden. Hierzu soll das den Schulen zur Verfügung stehende Budget ausgeweitet werden und diese können dann selbst entscheiden, wo und wie sie z. B. dringende Reparaturen; durchführen lassen.

Über die Schulnetzplanung wird zusammen mit den Bezirken genau festgestellt, wo entsteht ein Wohngebiet und wieviel Schulplätze sind hierfür notwendig.

Das Beschwerdemanagement wurde ausgeweitet, indem die Senatsverwaltung mit Frau Saraya Gomis nun jemanden für Beschwerden mit Bezug zu Rassismus und Diskriminierung eingestellt hat.

Eine große Herausforderung sind weiterhin geflüchtete Kinder. Es ist wichtig, diese an den Schulen zu integrieren. Hierfür wurden auch Psychologen und Sozialarbeiter eingestellt, um die Schulen in diesem Bereich zu unterstützen.

Eine Herausforderung wird im nächsten Jahr darin bestehen, den Übergang der Schülerinnen und Schüler aus den Willkommensklassen in die Regelklassen erfolgreich zu gestalten. Für eine begleitende Förderung stehen für das Schuljahr 2016/17 zusätzlich 42 Stellen zur Verfügung (Kosten 1,5 Mio. Euro).

Die Gemeinschaftsschulen sollen weiterhin gefördert und gestärkt werden. Ein Ziel von Frau Scheeres ist es, dies im Schulgesetz zu verankern.

Frau Scheeres begrüßt, dass ein Streik der Lehrkräfte abgewendet werden konnte. Sie hat sich bei der GEW und bei der Senatsverwaltung für Finanzen sehr stark dafür eingesetzt, dass man wieder ins Gespräch miteinander kommt. Für die kommende Legislaturperiode steht dann auch eine bessere Bezahlung der Grundschullehrkräfte an. Für Lehrkräfte, die bereits im System sind, soll eine Qualifizierung angeboten werden, damit auch diese die Möglichkeit einer besseren Bezahlung haben.

Sechs Schwerpunktschulen Inklusion gehen an den Start.

Fragen der Mitglieder werden beantwortet:

- Die Hochschulen haben die Ausbildungskapazitäten für die Grundschulpädagogik in dieser Legislaturperiode stark erhöht. Die verhandelten Hochschulverträge laufen über sechs Jahre, legen aber nicht fest, welche Kapazitäten auf die einzelnen Bereiche

verwendet werden müssen. Außerhalb dieser Verträge wurde mit den Hochschulen eine Verdoppelung der Kapazitäten vereinbart. Die Hochschulen sind hierauf vorbereitet. In diesem Zusammenhang sollte die Systematik der Hochschulverträge geändert werden. Das Land Berlin sollte mehr steuernd einwirken können. Hierzu muss die Hochschulautonomie diesbezüglich verändert werden.

- Beim Schulneubau müssen von Beginn an alle Personen und Gremien beteiligt werden.
- Die Klassengrößen in weiterführenden Schulen gerade an Altbauten mit kleinen Schulräumen werden nochmal angesehen. Frau Scheeres gibt aber zu bedenken, dass man nicht vergessen darf, dass sehr viele Flüchtlingskinder integriert wurden und es dabei natürlich auch zu Engpässen kommt.
- An der Entlastung der Schulleitungen wird weiter gearbeitet. Es wurden noch einmal 24 zusätzliche Verwaltungsleitungskräfte eingestellt, weitere folgen. Erstmals sind auch IT-Kräfte für die Schulen vorgesehen.
- Im Bereich Sonderschulpädagogik gibt es Gespräche mit den Hochschulen, um hier die Kapazitäten der Ausbildungsplätze zu erhöhen.
- Das Bonusprogramm läuft erfolgreich und es wird für unterschiedliche Zwecke genutzt. Zielvereinbarungen werden abgeschlossen. Es wurde eine Zusammenfassung über die Zielerreichung erstellt. Eine abschließende Evaluation kann es hierzu aber noch nicht geben. Neu ist der Verfügungsfonds in Höhe von bis zu 20.000 Euro (abhängig von Größe und Schülerzahl). Hier können die Schulen selbst entscheiden, wie sie die Gelder einsetzen. Die Verwaltung dieses Fonds obliegt dann den Schulleitungen. Die entsprechenden Qualifizierungen wurden bereits kurzfristig angeboten.
- Für Integration und Ausfallstunden wurden zusätzliche Lehrer eingestellt. Die Deckelung wurde angehoben. Mehrbedarfe müssen immer bei Senatsverwaltung für Finanzen beantragt werden.
- Die 3% Vertretungsmittel werden nicht ausgeschöpft.
- Empfehlungen des Beirates für Menschen mit Behinderung werden sehr ernst genommen. Viele Punkte wurden umgesetzt. Frau Scheeres wünscht sich auch in der nächsten Legislaturperiode eine Weiterarbeit des Beirats.
- Eine School of Education wird es vorläufig nicht geben, allerdings sieht man eine Bündelung von Kapazitäten als notwendig an.

Weitere Fragen seitens des Gremiums können über die Geschäftsstelle eingereicht werden und werden dann an Frau Scheeres weitergeleitet.

Top 3:

Fragen des Landesschulbeirates zu aktuellen Themen

Die schriftlichen Antworten zu den Fragen 23-16, 24-16 und 09-16 sind der *Anlage 2* zu entnehmen.

Herr Körner bittet darum, dass bereits frühzeitig eingereichte Fragen im Nachhinein nicht noch grundlegend geändert oder ganz zurückgezogen werden.

TOP 4:

Annahme von Protokollen (11.05.2016 und 15.06.2016)

Die Protokolle der Sitzungen vom 11.05.2016 und 15.06.2016 werden ohne Änderung angenommen.

TOP 5:

Berichte der Schülerinnen und Schüler

Es gibt keine Wortmeldung.

TOP 6:

Anträge

Es liegen 3 Anträge vor.

Als erstes wird der Antrag A02 zur Resolution des Elterngipfels aus der letzten Sitzung wieder aufgerufen.

Eine angedachte Fachsitzung zum Thema kam aufgrund der Terminkurzfristigkeit nicht zustande.

Herr Peiritsch als Antragsteller erläutert den Antrag.

Es schließt sich eine intensive Diskussion zu verschiedenen inhaltlichen und formalen Fragen an.

Herr Oberbach stellt einen Änderungsantrag und möchte nicht die Resolution, sondern den Prozess unterstützen.

Herr Peiritsch bittet um Beschluss seines Originalantrages.

Herr Oberbach zieht seinen Änderungsantrag zurück.

Herr Körner stellt einen Änderungsantrag und möchte den Beschluss um den Satz „Der Punkt 10 wird von der Unterstützung ausgeschlossen.“, ergänzen.

Es folgt die Abstimmung. Mit 19 Ja-, 0 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen wird der Änderungsantrag angenommen.

Es kommt anschließend zur Abstimmung des Antrages. Dieser wird mit 21 Ja-, 0 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen angenommen.

Der Antrag A05 von Frau Stolberg-Götze wird aufgerufen. Die Antragstellerin ist nicht anwesend.

Frau Vogt-Schwarze und Frau Grühser argumentieren gegen den Antrag. Die vorgetragenen Zahlen zum Ausbildungsbeginn liegen dem Protokoll als *Antage 3* bei.

Mit 0 Ja-, 20 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen wird der Antrag abgelehnt.

Als letztes wird der Antrag A06 von Herrn Kiefer aufgerufen.

Herr Kiefer erläutert den Antrag. Es schließt sich eine rege Diskussion, insbesondere über die Rechtslage zum Schreiben des Bezirksamtes Treptow-Köpenick an.

Es folgt ein Geschäftsordnungsantrag von Herrn Horbat auf Vertagung des Beschlusses.

Bei der Abstimmung gibt es 4 Ja-, 13 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen, somit kommt der Antrag zur Abstimmung.

Gegen den Antrag stimmen 11, für den Antrag 10 Mitglieder und 4 enthalten sich.

Somit ist der Antrag abgelehnt.

Frau Vogt-Schwarze bittet zum einen darum, dass die Senatsverwaltung die Rechtslage des Bezirksschreibens klärt, zum anderen soll der Antrag umformuliert werden.

Anschließend gibt es eine Gegenrede von Herrn von Marschall. Er formuliert einen komplett neuen Antrag:

Der Landesschulbeirat Berlin fordert die Senatsverwaltung für Jugend, Bildung und Wissenschaft auf, angesichts des Schreibens des Bezirksamtes Treptow-Köpenick von Berlin, Abt. Weiterbildung, Schule, Kultur und Sport vom 05.09.2016 sicherzustellen, dass die Aufnahme in die Klassen 9 und 10, gerade auch im Übergang aus den „Willkommensklassen“, berlineinheitlich vollzogen wird, als berlinweites Einzugsgebiet der Oberschulen, und kein Bezirk sich der gemeinsamen Verantwortung entziehen kann.

Der Antrag wird mit 18 Ja-, 0 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen angenommen.

TOP 7:

Verschiedenes

Es gibt keine Wortmeldungen.

Herr Körner schließt die Sitzung und dankt den Anwesenden für die gute Zusammenarbeit.

Frank Körner
(Vorsitzender)

Andrea Schreiber
(Protokollantin)